„Politischen Ethik für das 21. Jahrhundert“ umgehängt – das war's.

Unklar bleibt die Rolle der Religion. Sie soll Quelle des sittlichen Verhaltens sein, und auch der Staat könne ihr gegenüber nicht gleichgültig bleiben, denn ein „Staat aus Teufeln kann nicht funktionieren“. Auf welche Weise die Religion, vornehmlich der Katholizismus, der Politik „moralische Kräfte“ zuführen soll, verrät der alt-katholische *Höfle* nicht; offenbar findet er selbst keinen Ausweg aus dem Dilemma, daß beide Sphären nicht ohne weiteres kompatibel sind, es sei denn, man nähme einen religiös-fundamentalistischen Staat in Kauf, was *Höfle* ablehnt. Anders als in der Musik sind jedoch unvollendete Gedanken in der Wissenschaft nicht viel wert.

Vittorio Höfle vergeudet sein unbezweifelbares Talent – von dem unter anderem eine beeindruckend logische und klare Sprache zeugt –, indem er in überbordendem Fleiß alles mitteilt, was er für mitteilenswert hält. Hätte er weniger geschrieben und das wenige detaillierter ausgeführt, wäre für die Leser mehr gewonnen gewesen. Doch schon kündigt er (im Internet) an, „Moral und Politik“ um „eine entsprechende theoretische Philosophie“ zu ergänzen. Dieses ganze Projekt muß um so mehr erstaunen, als der Autor selbst schreibt, die Philosophie könne ein neues Ethos der Moderne nur „kritisch begleiten, sie kann es nie und nimmer hervorbringen.“

Daniel Schmidt

Nikolai Genov (Hrsg.) Continuing Transformation in Eastern Europe, trafo verlag, Berlin 2000, 230 S.

Der Sammelband, Ergebnis einer Tagung von osteuropäischen Sozialwissenschaftlern in Sofia, analysiert generell Konzeptionen und Erfahrungen acht Jahre nach Transformationsbeginn (Teil I) und widmet sich speziell dem größten sozialen Transformationsrisiko für den Einzelnen, der Arbeitslosigkeit (Teil II). Der Band unterscheidet sich schon auf dem ersten Blick von der Vielzahl ähnlicher Untersuchungen durch seine geographische Dimension: Nicht nur wird dem „entfernteren“ Transformationsländern, wie etwa Bulgarien, Mazedonien, dem Baltikum oder Rußland eine größerer Platz eingeräumt als üblich. Es wird darüber hinaus die Ex – DDR berücksichtigt, die in der Regel selbst bei „flächendeckender“ Behandlung des osteuropäischen Transformationsgebietes vergessen wird. Dafür gibt es gute Gründe und ein erster Blick in den vorliegenden Band scheint dies auch zu bestätigen. In einer Zusammenfassung auf Deutsch, die der Herausgeber im Konferenzband voranstellt heißt es zu den bestürzenden Ergebnissen der Transformation: „Neue technologische Innovationen wurden in den meisten mittel- und osteuropäischen Gesellschaften immer geringer. Die Marktwirtschaft wird kriminalisiert. In der Politik gibt es starke klientelistische Tendenzen und die Partikularisierung von wertnormativen Systemen verursacht Konfliktpotential auf ethnischer wie auf religiöser Basis“. (S. 11)

Von all dem scheint die Situation in den neuen Ländern doch weit entfernt zu sein. Das die Organisatoren der Konferenz mit der Einbeziehungen

Ostdeutschlands in ihren Analysebereich doch Recht haben, weist überzeugend *Michael Thomas* vom BISS (Berlin) nach. Zwar war Ostdeutschlands Transformation die einzige völlig von außen gelenkte. Zwar lag ihr das Modell der Bundesrepublik, der erfolgreichsten Demokratie und Marktwirtschaft Westeuropas, zugrunde. Die westdeutschen Akteure kamen in Massen und machten sich mit Begeisterung und Entschlossenheit an die Umgestaltung des östlichen nach dem Vorbild des westlichen Deutschlands. All das konnte kein anders mittel- oder osteuropäisches Land auch nur in Ansätzen aufweisen. Und trotzdem weist die Transformation in Ostdeutschland ähnliche Dysfunktionalitäten auf wie die in Osteuropa. Es kam zur einer Überschätzung der institutionellen Veränderungen. Die Täuschung, daß es sich bei der Transformation bloß um eine Normalisierung der Sozialstrukturen in Osteuropa nach dem Muster der westeuropäischen Gesellschaften handele, war nicht geringer als die Illusion, Ostdeutschland würde mit Westdeutschland zusammenwachsen, sobald einmal die politische Trennung überwunden sei. Hier wie dort wurde unterschätzt, daß es im realen Transformationsprozeß bei weitem mehr Kontinuitäten gibt als angenommen, daß sich Jahrzehnte paternalistischer und egalitaristischer Politik nicht einfach wegweisen lassen würden. In Ostdeutschland wie in Osteuropa gehört die bleibende Legitimität der sozialen Ordnung vor 1989 zu den überraschenden Entdeckungen der den Transformationsprozeß untersuchenden Sozialwissenschaftler.

Einige der ins Auge fallenden Unterschiede zwischen Ostdeutschland und Osteuropa im neunten Jahr des

Transformationsprozesses – die weit aus bessere soziale und die vergleichsweise noch passable wirtschaftliche Situation – sieht Thomas zudem als vorübergehend an. Im Unterschied zu seinen osteuropäischen Nachbarn hat in den neuen Ländern ein Wirtschaftswachstum auf eigenständiger Grundlage noch nicht begonnen und es bleibt abzuwarten, wie die ökonomischen und sozialen Differenzen ausschauen werden, wenn es sich dieser Aufgabe stellen muß.

Über das Phänomen der Massenarbeitslosigkeit als Transformationsprodukt schreiben im Buch nicht weniger als elf Autoren, die verschiedensten Aspekte beleuchtend: Am Beispiel Mazedoniens untersucht *Lidija Petkovka-Hristova* die Folgen der Langzeitarbeitslosigkeit, *Anna Natarova* für Bulgarien das Verhältnis von Arbeitslosigkeit und Verbrechen, *Karl-Dieter Opp* am Beispiel der neuen Bundesländer den Zusammenhang zwischen Arbeitslosigkeit und politischer Radikalisierung. *Opp* arbeitet explizit heraus, was mehr oder minder auch in den Beiträgen der anderen Autoren augenfällig ist. Die Arbeitslosigkeit ist keineswegs die Hauptursache für die allenthalben in den Transformationsprozessen anzutreffenden politische und wirtschaftliche Unzufriedenheit. Sie traf die Werktätigen, die in der Regel eine enge Bindung zur Arbeit als Lebenszweck hatten, unvorbereitet. Die Arbeitslosen ließen sich kaum für politische Veränderungen mobilisieren. Ein Ende der Massenarbeitslosigkeit ist selbst in denjenigen Transformationsländern, die Erfolge im Wirtschaftswachstum nachweisen können, nicht zu erwarten. Denn mit Ausnahme der Ex-DDR war verdeckte Arbeitslosigkeit in den staatlichen Betrieben auch 1998

noch eine massenhafte Erscheinung. Die von den meisten osteuropäischen Ländern angestrebte Eingliederung in die Europäische Union wird dazu zwingen, auch erneut massenhaft Arbeitskräfte freizusetzen.

Jörg Roesler

Hartmut Berg (Hrsg.), Globalisierung der Wirtschaft: Ursachen – Formen – Konsequenzen, Duncker & Humblot, Berlin 1999 (= Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 263), 206 S.

Wolfram Fischer, Expansion – Integration – Globalisierung. Studien zur Geschichte der Weltwirtschaft, hrsg. von Paul Erker/Heinrich Volkmann, Vandenhoeck & Ruprecht Göttingen 1998 (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 125), 286 S.

In der öffentlichen Debatte wird das Phänomen der Globalisierung häufig als Beschleunigung des Geschichtsprozesses sowie Verschärfung und Ausweitung des Wettbewerbs gedeutet. Individuen, aber auch Gemeinschaften müßten folglich ihre Flexibilität erhöhen, um mit dem Entwicklungstempo Schritt halten zu können. Dabei scheint es besonders problematisch, daß sich politische Strukturen und soziale Verhaltensweisen viel langsamer wandeln als die Verhältnisse in „der Wirtschaft“, worunter nicht nur multinationale Konzerne, sondern auch ganz alltägliche Arbeitswelten verstanden werden sollten. Insofern sind also Ökonomen, aber auch (Wirtschafts-) Historiker in besonderem Maße aufgefordert, uns über die Ursachen, Formen

und Konsequenzen der Globalisierung aufzuklären.

Der wirtschaftspolitische Ausschuß des Vereins für Socialpolitik hat sich 1998 mit diesem Problem befaßt. Aus den Themen der acht Referate sollen hier die Fragen herausgegriffen werden, die m.E. von allgemeinem Interesse sind: Wie bestimmt man eigentlich „internationale Wettbewerbsfähigkeit“? Welche Konsequenzen hat die Globalisierung für die Handlungsspielräume nationaler Wirtschaftspolitik sowie speziell für die Sozialstandards? Wie sollten die immobilen Produktionsfaktoren, also vor allem große Teile des Humankapitals, auf die Globalisierung reagieren?

Renate Ohr nennt in ihrem Beitrag drei grundsätzliche Möglichkeiten, mit denen die Wettbewerbsfähigkeit von Volkswirtschaften bewertet wird. Indikatoren des traditionellen Maßstabes, der Absatzfähigkeit („Ability to sell“), wie das Leistungsbilanzsaldo, die Terms of Trade oder Weltmarktanteile, hält sie für eher ungeeignet, da sie mit der Einkommensentwicklung im Inland nicht korrelieren. Das modernere Gegenstück, die „Ability to attract“, insbesondere die Anziehung von ausländischen Direktinvestitionen als Ausdruck der Standortqualität, muss unter Berücksichtigung des Entwicklungsniveaus der Geber- und Empfängerländer bewertet werden. Die Innovationsfähigkeit („Ability to innovate“) wäre sicher der beste Indikator, ist aber schwer operationalisierbar. Messungen der Aufwendungen für Forschung und Entwicklung oder der Anzahl der erteilten Patente können nur Hilfsgrößen liefern. So sagen schließlich Arbeitsproduktivität und Pro-Kopf-Einkommen noch am meisten über die